



Kommission für eine Kultur des Erinnerns

Protokoll der Sitzung vom Mittwoch, 22.04.2026,
im Besucherzentrum Museum Industriekultur, Engels-Forum
Beginn: 17.30 Uhr – Ende: 18.40 Uhr

Teilnehmer/innen:

Antonia Dicken-Begrich, Dr. Friederike Jesse, Uta Kroder, BM Heiner Fragemann, Alexej Hundt, Dr. Jan Niko Kirschbaum, Matthias Lammers, Thomas Lenz, Niklas Mittelstädt, Dr. Peter Vaupel
Von der Verwaltung: Oberbürgermeisterin Miriam Scherff, Dr. Lars Bluma (Geschäftsführung), Martina Graffmann, Matthias Aberle, Markus Bisping sowie Marek Wunder

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Es handelte sich um die erste Sitzung der Kommission für eine Kultur des Erinnerns in der durch den Rat bestellten personellen Zusammensetzung für die Wahlperiode 2025-2030. Daher folgte nach Begrüßung durch die Vorsitzende Miriam Scherff und Geschäftsführer Lars Bluma zunächst eine Vorstellungsrunde, in welcher die Teilnehmenden kurz ihre Funktion bzw. ihren Hintergrund nannten.

Zum Selbstverständnis der Kommission und dem gemeinsamen Umgang untereinander führte Dr. Bluma aus, dass es innerhalb offener Diskurse durchaus zu unterschiedlichen Meinungen und Betrachtungsweisen kommen könne und solle. Dabei sei innerhalb der Kommission ein offenes Klima gewünscht, jeder möge seine Meinung frei kommunizieren können. Da auch kontroverse Auffassungen möglich seien, tagt die Kommission in nicht öffentlicher Sitzung.

Es wurde kein Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung gestellt.

TOP 2: Bericht der Verwaltung

- **Nettelbeckweg**

Die Installation des erklärenden Elementes zur kritischen Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit J. C. Nettelbecks an dem nach ihm benannten Weg konnte noch nicht abgeschlossen werden. Am Nettelbeckweg / Ecke Leipziger Straße soll am Rand des Gehwegs eine bereits produzierte Betonstele platziert werden, an welcher die erklärende Tafel zur geschichtlichen Einordnung angebracht wird. Aktuell konnte noch kein ausführendes Unternehmen mit der Aufstellung beauftragt werden.

- **Hindenburgstraße**

Es ist ein Antrag auf Umbenennung der Hindenburgstraße angekündigt, er liegt der Kommission jedoch bislang noch nicht vor. Es ist damit zu rechnen, dass ein solcher Antrag bei der folgenden Kommissionssitzung thematisiert wird. Mit der Rolle Paul von Hindenburgs wurde sich auch in anderen Kommunen bereits kritisch auseinandergesetzt mit zum Teil unterschiedlichen Handlungsempfehlungen; eventuell kann auf die Expertise bereits erfolgter systematischer Bewertung zurückgegriffen werden.

- **Gastarbeiter/innendenkmal**

Bekanntlich hat der Rat der Stadt Wuppertal Mittel für Forschungsarbeiten zur Geschichte der Gastarbeiter/innen in Wuppertal als vorbereitende Maßnahme zur Errichtung eines Denkmals zur Verfügung gestellt. Es konnte weder aus dem Kreis verschiedener regionaler Akteure der Geschichtswissenschaft, noch eine externe Agentur gefunden werden, die einen Forschungsauftrag zur Recherche übernimmt. Daher erfolgt die empirische Aufarbeitung nun durch die wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Stadtgeschichte und Industriekultur, Anna-Lena Geisel.

- **Gedenkstätte NSU**

Mit der Umgestaltung der Fläche des „Wupperplatz Ost“ in Elberfeld zum Mahnmal für die Opfer des NSU-Terrors wurde nach finaler Ratsentscheid im Februar 2026 bereits im März begonnen, mit Fertigstellung wird in ca. fünf Monaten gerechnet.

TOP 3: Leitlinien der städtischen Erinnerungskultur in Wuppertal / Aufgaben der Kommission (TVL 1 + 2)

Durch Dr. Bluma wurden die Grundlagen der Aufgaben der Kommission für eine Kultur des Erinnerns anhand der zugrundeliegenden Beschlusslage zusammengestellt und zusammen mit der Einladung zu dieser Sitzung als Tischvorlagen 1 und 2 übersandt. Die Grundaufgabe der Kommission besteht darin, die relevanten Aspekte der städtischen Erinnerungskultur zu bewerten und daraufhin Empfehlungen an die beschlussfassenden Gremien zu geben.

Den Rahmen für die Neu- oder Umbenennung von Straßen gibt die Benennungssatzung vor. Das grundsätzliche Prozedere durchläuft verschiedene Stufen: Antrag bzw. Benennungsvorschlag an das Zentrum für Stadtgeschichte und Industriekultur zur Erstellung einer gutachterlichen Stellungnahme zu der betreffenden Person, dann Prüfung der Einhaltung der Grundsätze der Straßenbenennung durch Ressort 102, dann gibt die Erinnerungskommission eine Empfehlung, Entscheidung über Benennung später durch BV (bei übergeordnetem Interesse ggf. Rat). Die entsprechende Handreichung des Städtebundes wird formal als Richtlinie zugrunde gelegt.

Benennungen sollen in erster Linie der Eindeutigkeit, Sicherheit und Ordnung dienen, nicht (nur) der Ehrung. Bei Neu- oder Umbenennungen soll möglichst auf eine paritätische Verteilung Frauen / Männer geachtet werden. Dies hat jedoch eher empfehlenden Charakter, das beschließende Gremium (i.d.R. BV) ist in der Entscheidung grundsätzlich frei. Zudem betrifft es neue Namensgebungen, es wird nicht solange ausschließlich nach Frauen benannt, bis insgesamt ein ausgewogenes Gleichgewicht hergestellt ist. Bei lediglich durchschnittlich zwei Fällen von Neu- bzw. Umbenennungen pro Jahr wird sich ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis somit in absehbarer Zeit nicht realisieren lassen.

TOP 4: Antrag von Ulrike Schrader zur Anbringung einer Informationstafel zu „Deportationen der Juden aus Wuppertal 1941 und 1942“ am Bhf Steinbeck (TVL 3)

Dr. Ulrike Schrader, Leiterin Begegnungsstätte „Alte Synagoge“ und Kommissionsmitglied (zum Sitzungstermin entschuldigt abwesend), hat einen Antrag zur Anbringung einer Informationstafel zum Thema „Deportationen der Juden aus Wuppertal 1941 und 1942“ am Bahnhof Steinbeck gestellt (als Tischvorlage 3 mit der Einladung übersandt).

An dem genannten Bahnhof existiert auf dem Bahnsteig 3/4 seit Ende der 80er-Jahre ein Mahnmal zur Erinnerung an die Deportation von Juden in den Jahren 1941 und 1942. Der auf den Tafeln am bestehenden Mahnmal genannte Text ist historisch nicht vollumfänglich korrekt. Daher soll an der oberhalb verlaufenden Straße (Südstraße / Ecke Hoeftstraße, wie in TVL dargestellt) eine Informationstafel installiert werden, die die dortigen Angaben korrigiert und ergänzt. Der Standort an der Straße ergibt sich aus dem Umstand, dass sich der Bahnhof im Eigentum der Bahn befindet, so dass die Stadt keinen unmittelbaren Zugriff darauf hat.

Die Finanzierung der Anbringung ist nahezu gesichert, die BV hat bereits vorab ihre Zustimmung signalisiert. Der beabsichtigte Standort zur Anbringung wird positiv gewertet, zumal die Tafel dort mehr Aufmerksamkeit erlangen wird, als am Bahnsteig.

Dem Antrag wird durch die Kommission einstimmig zugestimmt in dem folgenden Wortlaut (Alternativvorschlag vom 13.03.2026 inkl. Angabe der Herkunftsorte der genannten Deportierten):

„Vom Bahnhof Wuppertal-Steinbeck wurden zwischen Oktober 1941 und Juli 1942 801 jüdische Frauen und Männer, Mädchen und Jungen aus Wuppertal, Solingen, Remscheid, Velbert, Heiligenhaus, Hattingen und Wülfrath in Ghettos und Konzentrationslager in Mittel-Osteuropa verschleppt. Die Transporte führten nach Łódź, Minsk, Izbica und Theresienstadt. Fast alle Deportierten kamen dort oder in Vernichtungslagern um. Die Solingerin Regine Weyl, geb. Kahn, war mit 87 Jahren die Älteste, Denny Rosenberg aus Elberfeld mit acht Monaten der Jüngste. Nur sieben Menschen überlebten die Deportation. Seit 1988 steht auf dem Bahnsteig 3/4 ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer.“

Ergänzend erfolgt die Bitte der Bahn gegenüber, das vorhandene Mahnmal regelmäßig reinigen zu lassen (Frau Scherff leitet Herrn Bluma einen diesbezüglichen Kontakt weiter).

TOP 5: Schülerprojekt zur Kontextualisierung des Bismarck-Denkmal in Barmen (TVL 4)

Im Rahmen einer Unterrichtsreihe hat sich der Geschichtskurs der Q1 des Erzbischhöflichen St-Anna-Gymnasiums mit der Entstehung des Deutschen Kaiserreichs auseinandergesetzt. In diesem Kontext wurde sich kritisch mit der Rolle Otto von Bismarcks auseinandergesetzt, was zu der Anregung geführt hat, am Bismarck-Denkmal eine erläuternde Informationstafel zur historischen Kontextualisierung anbringen zu lassen. Die Schüler haben selbst einen durchaus differenzierten Textentwurf entwickelt.

Der Antrag wurde erst kürzlich an Dr. Bluma übermittelt, somit wurde noch keine gutachterliche Stellungnahme erstellt.

Grundsätzlich wird sehr positiv aufgenommen, dass Schüler/innen Initiative zur Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur gezeigt haben. Zur Wertschätzung der Schülerinitiative werden die Schüler/innen zu einem Workshop eingeladen, in welchem sie die Möglichkeit erhalten, ihre Ideen zu präsentieren, ihren Ansatz und Hintergründe zu erläutern. Interessierte Mitglieder der Erinnerungskommission sind gerne dazu eingeladen, an diesem Termin teilzunehmen (Terminkoordination bzw. Einladung durch Dr. Bluma).

TOP 6: Verschiedenes

Zu diesem Punkt gab es keine Wortmeldungen.

Gez.
Markus Bisping